

Neue Organisationsformen der chilenischen Arbeiterklasse während der Unidad Popular

Klaus Meschkat

Wie soll man aus den Niederlagen der revolutionären Bewegung lernen? Das „Lehrstück“ Chile drängt diese Frage auf – und die leichten Lösungen sind rasch bei der Hand. Kaum eine der Parteien und Organisationen, die sich als revolutionär verstehen, hat darauf verzichtet, ihre Linie auf den chilenischen Fall anzuwenden. Meist wurde dann gelernt, was man ohnehin im voraus wußte: Schuld an der chilenischen Tragödie war der Umstand, daß diese oder jene Strategie, die unfehlbar zur sozialistischen Revolution führt, in Chile keine Protagonisten gefunden hat, oder daß sie dort nicht genügend stark waren, oder daß die Genossen Fehler begingen, wodurch die prinzipielle Richtigkeit ihrer Politik sich praktisch nicht bewähren konnte.

Viele Ideologen, die sich auf Marx und Lenin berufen, scheinen sich nicht daran erinnern zu wollen, wie die „Klassiker“ die Kämpfe und auch die Niederlagen des Proletariats theoretisch verarbeitet haben. In den Schriften von Marx und Engels zur 48er Revolution und zur Kommune, in den Analysen von Lenin und Trotzki nach dem Scheitern der Revolution von 1905 findet sich kaum jene Besserwisserei, die dem Proletariat nachträglich vorhält, wie es sich hätte verhalten müssen, wenn es schon im Besitz der rechten Erkenntnis gewesen wäre. Obwohl die Theoretiker der Arbeiterbewegung bestrebt waren, die konkrete Konstellation der Klassenkämpfe in allen ihren Bedingungen und Aspekten zu erfassen, galt ihre *besondere* Aufmerksamkeit doch gerade den neuartigen Formen, in denen der Emanzipationskampf der Unterdrückten seinen Ausdruck fand, der Art und Weise, wie sich die Klasse politisch artikuliert. Die Arbeitervereinigungen und Klubs der 48er Revolution, das Zentralkomitee der Nationalgarde und der Kommunerat in Paris von 1871, die Sowjets von 1905 und 1917 – dies waren Kampfformen, die sich die Klasse selbst gegeben hatte, gewiß nicht unabhängig von vorgefundenen Organisationsansätzen und zuweilen auch in Anlehnung an historische Reminiszenzen, aber doch niemals nur als Anwendung einer Linie, die sich die besten Theoretiker zuvor erdacht hatten und nun von ihren Anhängern durchsetzen ließen. Die Pariser Kommune war nicht das Werk bewußter Marxisten, die Bolschewiki haben die Sowjets nicht geschaffen, ja zunächst nicht einmal in ihrer Bedeutung erkannt. Marxistische Theorie kann wohl die Bewegungsgesetze des Kapitalismus enthüllen und die Aufgabe der Arbeiterbewegung als konkrete Negation, als Aufhebung seiner „Gesetzlichkeit“ bestimmen – sie kann jedoch nie antizipieren, in welchen Formen sich der Emanzipationsprozeß vollzieht. Marx, Engels, Lenin, Trotzki haben die bescheidenere Aufgabe nicht gescheut, die vergangenen Kämpfe nachzuzeichnen und zu analysieren. Mit dem Lernen aus der Geschichte des Proletariats nahmen sie es jedenfalls ernster als die Serienproduzenten revolutionsstrategischer Entwürfe.

Die jüngste Geschichte Chiles ist auch dies: eine Geschichte der Entwicklung neuer Organisations- und Kampfformen durch die Massen selbst. Gewiß vollziehen sich diese Kämpfe in einem gegebenen historischen Rahmen, ist ihre Entfaltung nicht zu lösen von den gesamten Auseinandersetzungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen zu einem spezifischen Zeitpunkt der Geschichte eines Landes des abhängigen Kapitalismus, auch nicht von der Globalstrategie des Imperialismus, vor allem des nordamerikanischen. Aber wer das Scheitern der Unidad Popular vor allem daraus erklärt, daß sich die Übermacht des Imperialismus in einem bestimmten Moment zur Geltung bringen konnte, oder daß eine mögliche Bündnisstrategie aus diesem oder jenem Grunde versagte, der setzt zumeist voraus, was im folgenden gerade als Problem behandelt werden soll: die Einheit und Handlungsfähigkeit des chilenischen Proletariats. Das Problem nämlich: wie hat die unterdrückte Klasse versucht, sich eigene Organisations- und Aktionsformen zu erobern, ja ihre Autonomie als Klasse zuallererst herzustellen?

Vielen Anhängern der Unidad Popular erscheint schon diese Fragestellung unzumutbar. Die Legende vom besonderen chilenischen Weg bezog sich nicht nur auf die Stabilität bürgerlich-demokratischer Institutionen und die unverbrüchliche Loyalität der Streitkräfte, sondern auch darauf, daß die organisierte Arbeiterbewegung einen zumindest für Lateinamerika und vielleicht im Weltmaßstab einzigartigen Reifegrad erreicht hatte. War nicht auf gewerkschaftlicher Ebene nach Jahren der Spaltung und Ohnmacht seit der Gründung der CUT (der einheitlichen Gewerkschaftszentrale) die Einheit der Klasse schon hergestellt? Hatte nicht in Chile die Arbeiterklasse in zwei starken, im Proletariat wirklich verankerten Parteien, die sich zudem programmatisch auf den Marxismus-Leninismus beriefen, ihre adäquate Vertretung gefunden? Bewies nicht jede der gewaltigen Massendemonstrationen zur Unterstützung der Regierung Allende, zuletzt noch jene am 4. September 1973, den hohen Bewußtseinsgrad und die Mobilisierungsfähigkeit der Arbeitermassen?

Es soll nun die These vertreten werden, daß die Einheit der Arbeiterklasse, und damit ihre Aktionsfähigkeit als Subjekt eines revolutionären Prozesses, während der Regierung der Unidad Popular nicht erreicht, sondern erst herzustellen war. Die Arbeiterklasse (im folgenden ist fast nur vom städtischen Proletariat die Rede, für die armen Bauern und Landarbeiter müßte dieselbe Problematik untersucht werden) war in ihrer sozialen Zusammensetzung extrem heterogen, in ihrer politischen Repräsentanz durch Parteien mit einander widersprechenden strategischen Linien vertreten, auf gewerkschaftlicher Ebene schwach und unvollkommen organisiert. Die soziale Heterogenität der Arbeiterklasse ist ein allgemeines Kennzeichen der Länder des peripheren Kapitalismus, sie war und ist in Chile besonders ausgeprägt. Hier kann nicht versucht werden, diese Heterogenität aus den Bedingungen der Kapitalakkumulation in einem abhängigen Lande abzuleiten, einzugehen auf die Bedeutung der vom Ausland beherrschten Bergbauklaven, auf die Geschichte der Industrialisierung mit dem Vordringen einheimischen und dann auch ausländischen Monopolkapitals, mit der Konsequenz des Nebeneinanders technologisch entwickelter Großunternehmen und einer Masse von Kleinbetrieben, deren wirtschaftliche Existenz ohne extreme Ausbeutung der Arbeitskraft nicht einmal

zeitweilig zu halten ist. Konsequenz dieser Entwicklung war die Aufspaltung des städtischen Proletariats in verschiedene Schichten, die sich in ihren Einkommensverhältnissen und in ihren gesamten Lebensbedingungen grundlegend voneinander unterschieden. In derselben Industriezone der Hafenstadt Talcahuano läßt sich kein größerer Gegensatz denken als der zwischen einem gutbezahlten Facharbeiter des Stahlwerks von Huachipato und dem Arbeiter eines kleinen Fischereibetriebes — Lohndifferenzen von 1 : 5, die sich äußerlich in dem Unterschied zwischen dem Besitzer eines Eigenheims und dem Slumbewohner manifestieren.

Im Jahre 1960 beschäftigten in Chile nur 190 Betriebe mehr als 200 Arbeiter. Mehr als die Hälfte der städtischen Arbeiter waren in Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten tätig, also im Handwerk und der Kleinindustrie. Die Lebensverhältnisse dieses größten Sektors der Arbeiterschaft waren fast so elend wie die der Landarbeiter und armen Bauern, nur wenig besser als die der „marginados“, also der mehr oder weniger permanent Arbeitslosen in den Slumvierteln.

Es ist gewiß voreilig, aus diesen Unterschieden innerhalb der Arbeiterklasse unmittelbar Schlüsse auf die mehr oder weniger revolutionäre Haltung bestimmter Sektoren zu ziehen, und ganz falsch, sich die These von einer „Arbeiteraristokratie“ im Bereich der vom Auslandskapital beherrschten Großindustrie und dem Großbergbau unbesehen zu eigen zu machen. Der Kupferbergbau hat eine lange Tradition innerhalb der chilenischen Arbeiterbewegung, der relativ hohe Lebensstandard seiner Arbeiter war nicht ein Geschenk imperialistischer Monopole, sondern Ergebnis bitterer und zum Teil blutiger Kämpfe. James Petras weist anhand einer Analyse der Wahlergebnisse in den Zonen des Kupferbergbaus nach, daß dort die Unterstützung der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei noch bei den Wahlen von 1970 weit über dem Durchschnitt lag (1). Umgekehrt war es den Arbeiterparteien vor dem Wahlsieg Allendes nicht gelungen, unter den Bewohnern der Elendsviertel und im Landproletariat Massenanhang zu finden: die Mobilisierung und Organisation dieser Sektoren ist paradoxerweise ein Werk des christdemokratischen Regimes, dem es zum Teil gelang, sich in diesen ärmsten Bevölkerungsteilen eine Basis zu sichern. Gegen Ende der Regierung Allende sah das Bild vollkommen anders aus: der Streik eines nicht unbeträchtlichen Teils der Bergleute von „El Teniente“, Gewerkschaftswahlen in Großbetrieben, die der Rechten einen Sieg einbrachten, ließen die These von der „Arbeiteraristokratie“ wieder auferstehen. Umgekehrt war es den UP-Parteien und der revolutionären Linken gelungen, den Christdemokraten weitgehend jene Schichten zu entreißen, aus denen sich zuvor deren Massenanhang rekrutierte, nämlich die Slum-Bewohner und große Teile der armen Bauern und Landarbeiter. Aus ökonomischen Unterschieden allein das revolutionäre, reformistische oder konterrevolutionäre Potential von Schichten des Proletariats ableiten zu wollen, ist ebenso falsch wie die Vernachlässigung seiner extremen

1 James Petras, *The Working Class and Chilean Sozialism*, in: Dale L. Johnson ed., *the Chilean Road to Socialism*, New York 1973. Für eine mehr impressionistische, aber instruktive Darstellung des politischen Verhaltens einzelner Sektoren der chilenischen Arbeiterschaft während der UP-Zeit siehe einen Aufsatz desselben Autors, *Chile: nacionalización, transformaciones socioeconómicas y participación popular*, in: *Cuadernos de la Realidad Nacional*, No. 11, Santiago, Februar 1972.

Heterogenität, die für seine Organisations- und Aktionsfähigkeit immer wieder entscheidend werden kann.

Die chilenischen Gewerkschaften spiegeln unter anderem die Folgen dieser Heterogenität wider. Ihre Struktur ist aber auch die Konsequenz einer aus der Mitte der 20er Jahre stammenden Arbeitsgesetzgebung, die gegen Gewährung gewisser minimaler Rechte und sozialer Sicherheiten der Arbeiterbewegung Fesseln anlegte, die sie bis in die Allende-Zeit hinein nicht abstreifen konnte (2). Vorherrschend in ihrem Gefüge ist die Einzelgewerkschaft auf Betriebsebene, die ihre ökonomischen Forderungen gegen den einzelnen Unternehmer durchsetzen muß. Kollektivverträge für einen ganzen Industriezweig sind ebenso ausgeschlossen, wie Solidaritätsstreiks. Von Ausnahmen abgesehen (Bergbau, Eisenbahner, öffentlicher Dienst) fehlten deshalb auch starke Industriegewerkschaften, obwohl in der Zeit der UP die Organisation nach Wirtschaftszweigen einige Fortschritte machte. Die Arbeiter von Betrieben mit weniger als 25 Beschäftigten, also gerade die am meisten ausgebeuteten Sektoren, konnten sich überhaupt nicht gewerkschaftlich organisieren; ihnen stand nur die Mitgliedschaft in berufsständischen Gewerkschaften offen, die auch sonst in Betrieben mit komplizierter Berufsstruktur neben der Betriebsgewerkschaft vertreten waren. Die Schaffung und Aufwertung eines besonderen Angestelltenstatus gehörte auch in Chile zu den frühen Manövern des Kapitals, um die Lohnabhängigen zu spalten. Das Nebeneinander von Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften sowie besonderer gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse der qualifizierten Techniker war bis zum Ende der UP-Periode in vielen Betrieben, auch denen des verstaatlichten Sektors, nicht überwunden.

Die typische chilenische Gewerkschaft war die relativ kleine Arbeitergewerkschaft auf Betriebsebene (Mitte 1968: Durchschnittsmitgliederzahl 155). Der Grad gewerkschaftlicher Organisation, bezogen auf die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, lag zwar mit etwa 30 % für lateinamerikanische Verhältnisse relativ hoch, aber der formale organisatorische Zusammenschluß der meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der CUT darf nicht über deren organische Schwäche hinwegtäuschen, die im Fehlen vermittelnder Strukturen zwischen der Betriebsgewerkschaft und der nationalen Zentrale zum Ausdruck kam: weder gab es starke Industriegewerkschaften, noch gelang es, auf Provinz- und Stadtebene funktionierende Koordinationsstellen aufzubauen (3). So schwebte die CUT als Wasserkopf über einer atomisierten Gewerkschaftsmitgliedschaft. Sie konnte zwar in bestimmten politischen Konjunkturen auf nationaler Ebene ihr Gewicht geltend machen, in seltenen Fällen auch durch Generalstreiks, die allerdings in einigen Fällen nicht erfolgreich waren, aber sie war organisch kaum mit der Basis verbunden. Deshalb ist es in Chile auch nie zum Ausbau einer Gewerkschaftsbürokratie auf allen Ebenen gekommen,

- 2 Eine zusammenfassende Darstellung dieser Arbeitsgesetzgebung, sowie viele Einzelheiten zur chilenischen Gewerkschaftsstruktur und -geschichte finden sich in dem materialreichen Buch von Alan Angell, *Politics and the Labour Movement in Chile*, London 1972, aus dem auch die meisten der folgenden Zahlenangaben entnommen sind.
- 3 Die Kritik an der organischen Schwäche der CUT wurde von ihrem damaligen Generalsekretär Manuel Dinamarca in einem Interview mit der Zeitschrift „Chile Hoy“, No. 52, 8.-14. Juni 1973, ohne Abstriche übernommen.

die ihr spezifisches Gewicht gegenüber und innerhalb der politischen Parteien zur Geltung bringen konnte, ganz im Gegensatz zum Nachbarland Argentinien. Dies gab unkontrollierten Aktivitäten an der Basis Raum, die sich in Zeiten revolutionärer Konjunktur über eine von der Zentrale empfohlene Mäßigung hinwegsetzen konnte; die fehlende Vermittlung zur Basis erwies sich aber als ungeheure Schwäche, wenn es galt, konzentrierte Angriffe der Reaktion koordiniert abzuwehren. Seit ihrer Entstehung im Jahre 1953 wurde die CUT als Zentrale von den beiden großen Arbeiterparteien, der kommunistischen und der sozialistischen, beherrscht, die jeweils bestrebt waren, in ihrem Rahmen der eigenen politischen Linie zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei war die KP stärker als die Sozialistische Partei dazu bereit, den gewerkschaftlich organisierten Christdemokraten und Mitgliedern der Radikalen Partei Zugeständnisse zu machen. Die CUT stand während des christdemokratischen Regimes in ziemlich konsequenter Opposition zur Regierung Frei; es gelang ihr, in bestimmten Situationen Maßnahmen des bürgerlichen Reformismus, die auf Kosten der Arbeiterklasse durchgesetzt werden sollten, zu verhindern (so 1967 die Schaffung eines Entwicklungsfonds, der sich u. a. aus dem Zwangssparen der Arbeiter finanzieren sollte). Der Krise des bürgerlichen Reformismus stellte die Kommunistische Partei ihr eigenes politisches Projekt entgegen, das der langfristigen Strategie der an Moskau orientierten kommunistischen Weltbewegung entsprach. Es gelang, die zweite sich als marxistisch-leninistisch bezeichnende Linkspartei, die Sozialistische, auf diese Strategie zu verpflichten, obwohl sich die Sozialisten noch auf ihrem Kongreß in Chillán 1967 auf den bewaffneten Kampf als einzigen für Chile gangbaren Weg zum Sozialismus festgelegt hatten (4). In das Bündnis der Unidad Popular wurden Kräfte einbezogen, die das Kleinbürgertum und die Staatsbürokratie repräsentierten (vor allem die Radikale Partei).

Die Grundzüge der von der KP intendierten Strategie der Unidad Popular sind bekannt. Es war die Strategie einer nationalen Befreiungsfront, gerichtet gegen die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vor allem vom nordamerikanischen Imperialismus, gegen die eigene Monopolbourgeoisie und den Großgrundbesitz. Es

4 Es wäre allerdings zu einfach, im ausgearbeiteten Programm der Unidad Popular einfach einen Ausdruck der KP-Strategie zu sehen. Es wurde u. a. von Exponenten der MAPU (linke Abspaltung von den Christdemokraten) mitentworfen und trägt in vielen Formulierungen über Volksmacht und Basisdemokratie den traditionellen Vorstellungen der Sozialistischen Partei Rechnung. Deshalb sind verschiedene „Lesearten“ des Programms möglich: man kann es sowohl von „rechts“ als Programm einer zunächst demokratischen Revolution in Etappen verstehen, wie von „links“ als Aufruf zur ständigen Offensive der Volksmassen in einem ununterbrochenen revolutionären Prozeß. Der Kompromißcharakter des Programms, seine Mehrdeutigkeit, mußte bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe notwendig zur Ausbildung einander widersprechender strategischer Linien innerhalb der UP führen. Dennoch ist es nicht falsch, im allgemeinen von einer Übereinstimmung der UP-Strategie mit der der KP auszugehen, die als stärkste geschlossene Kraft innerhalb der UP in Einklang mit dem Präsidenten Allende in den meisten Fällen ihre Linie durchsetzen konnte. Das UP-Programm beinhaltet zudem nur Modifizierungen und Ergänzungen der überkommenen Politik der KP, während die Sozialistische Partei einen Bruch mit ihrer vorherigen programmatischen Linie in Kauf nehmen mußte, als sie sich auf das Bündnis der UP festlegte.

sollte ein Klassenbündnis geschmiedet werden, das das Proletariat, die Bauernschaft, das Kleinbürgertum und diejenigen Teile der ländlichen und industriellen Bourgeoisie umfaßt, die sich vorgeblich in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Monopolkapital befinden. Der Weg führt über Wahlen, mit denen Teile des bürgerlichen Staats (die Exekutive, in der Perspektive auch das Parlament) erobert und in den Dienst einer Politik gestellt werden, in der Monopolkapital und Großgrundbesitz beseitigt werden und ein erweiterter staatlicher Sektor als Entwicklungs- und Transformationszentrum für die gesamte Wirtschaft fungiert. Vorbereitung des Übergangs zum Sozialismus durch antiimperialistische, antimonopolistische und gegen den Großgrundbesitz gerichtete Maßnahmen, durchgeführt im legalen Rahmen der überkommenen bürgerlichen Demokratie – so läßt sich die Zielsetzung der UP vielleicht resümieren.

In einer solchen Strategie spielt die Arbeiterklasse als Klasse notwendigerweise eine zweitrangige Rolle – . Das Proletariat ist gewissermaßen eine Konstante in einer strategischen Rechnung, in der sich die Aufmerksamkeit seiner politischen Repräsentanten auf die richtige Durchsetzung einer komplizierten Bündnispolitik zu richten hat, wobei Teile der Bündnispartner schon in der Allianz selbst vertreten, andere, außenstehende, gewonnen oder wenigstens neutralisiert werden müssen. Eine richtige Nutzung der eroberten Teile des Staatsapparats im Rahmen einer bürgerlichen Verfassungsordnung setzt eine Vertretung dieser Strategie durch zentralisierte Parteien voraus, die ähnlich beweglich sein müssen wie ihre bürgerlichen Partner, mit denen sie zu Rande kommen sollen. Ihre Monopolstellung in der Vertretung des Proletariats darf nicht durch Basisaktivitäten gestört werden, die taktische Koalitions-Manöver gefährden könnten.

Allerdings haben vor den Präsidentschaftswahlen von 1970 bei der Durchsetzung der UP-Strategie Momente der Massenmobilisierung eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Es wurden CUPs (Komitees der Volkseinheit) geschaffen, die im Zusammenspiel mit den Gewerkschaften die wichtigsten Träger der Wahlkampagne waren. Als Basisorganisationen in Fabriken, Stadtvierteln und auf dem Lande sollten sie zugleich einen Diskussionsprozess über Inhalt und Durchführung des Programms der UP in die Wege leiten; die von den Parteispitzen beschlossene programmatische Festlegung sollte sich umsetzen in eine Artikulation des Willens der breiten Massen. Im Programm der UP heißt es dazu:

„Die Komitees der Volkseinheit werden nicht nur Einrichtungen für die Wahlen sein. Sie werden Sprachrohre und Vorkämpfer der unmittelbaren Forderungen der Massen sein, und vor allem werden sie sich darauf vorbereiten, die Volksmacht auszuüben.“

Die CUPs waren also potentielle Träger einer politischen Vereinheitlichung des Proletariats, und einer konkreten, direkten Bündnispolitik an der Basis unter Einbeziehung von Angestellten, Bauern, Bewohnern der Elendsviertel, Studenten, Intellektuellen, Handwerkern und Kleinunternehmern, mögliche Organe einer sich von unten her strukturierenden Volksmacht. Nachdem sie den knappen Wahlsieg Allendes ermöglicht hatten (dessen andere Voraussetzung die politische Spaltung der chilenischen Bourgeoisie war), haben sie jedoch in der weiteren Entwicklung kaum

eine Rolle mehr gespielt. Nicht die Organe des bürgerlichen Staates starben ab, sondern die potentiellen Organe der Volksmacht, und zwar gerade in den Monaten einer erfolgreichen politischen und ökonomischen Offensive der neuen Regierung unter Allende.

Es wäre zu simpel, dies einfach aus dem Versagen der die UP tragenden politischen Parteien zu erklären. Gewiß hat sich die KP niemals durch besonderes Vertrauen in Basisaktivitäten ausgezeichnet, gewiß ließ sie sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß sie in der zentralisierten Gewerkschaft und auch in der eigenen Parteiorganisation (die ihre hohe Mitgliederzahl von 80 000 in kurzer Zeit verdoppeln konnte) zuverlässige, jederzeit manipulierbare Instrumente besaß, die ihre Vorrangstellung in der Vertretung des chilenischen Proletariats perpetuieren konnten. Aber die unaufholbaren Versäumnisse des ersten Jahres der neuen Regierung waren in paradoxer Weise die notwendige Kehrseite einer erfolgreichen, von oben, durch Kontrolle eines Teils der Regierungsmacht durchgesetzten Politik, die zweifellos den Interessen der breiten Volksmassen entsprach und in einer gewissen Zeit scheinbar problemlos durchgesetzt werden konnte (5). Eine echte Einkommensumverteilung durch beträchtliche Anhebung der Löhne der untersten Einkommenschichten, die fast vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen neokeynesianischen Zuschnitts, die zur vollen Ausschöpfung noch vorhandener Produktionskapazitäten führten – dies waren Erfolge, die von den Massen nicht erkämpft werden mußten, sondern ihnen gewissermaßen als Geschenke in den Schoß fielen. Als Mitte 1971 die Verstaatlichung des Kupfers, die wichtigste antiimperialistische Maßnahme, vom Parlament einstimmig (mit Zustimmung der Nationalen Partei und damit der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie) verabschiedet wurde, da schien es fast allen, man könne dem taktischen Geschick der Allende-Regierung voll vertrauen und dürfe ihre Kreise nicht stören.

Freilich meldeten sich schon im Jahre 1971 diejenigen zu Wort, die in der Klassenallianz der UP nur eine formale Vertretung gefunden hatten und die von der Volksregierung nicht Geldgeschenke, sondern eine grundlegende Änderung ihrer Lage als Lohnarbeiter erwarteten: die Arbeiter der mittleren und kleinen Industrie, deren Verstaatlichung bei der bloß antimonopolistischen Akzentsetzung nicht vorgesehen war (Auf die parallele Entwicklung auf dem Land, den Kampf der armen Bauern und Landarbeiter gegen die alte und neue Agrarbourgeoisie, kann hier nicht eingegangen werden). Auf Initiative der Arbeiter kam es zur Besetzung einer Reihe von Mittelbetrieben, die aufgrund ihrer Größe nicht in den monopolistischen Sektor der Wirtschaft fielen.

Die Reaktion der UP läßt sich am Beispiel von zwei Betrieben in Vina del Mar

5 Auch im Rahmen der inneren Logik der Wirtschaftspolitik der UP war allerdings absehbar, daß die günstige Konjunktur der ersten Monate nicht andauern konnte, wenn es nicht gelang, den Distributionssektor vollständig zu kontrollieren. Es wäre die Aufgabe der UP gewesen, gerade zum Zeitpunkt der Offensive die künftigen Zwangsmaßnahmen (einschließlich einer strikten Rationierung) institutionell vorzubereiten, was allerdings ohne funktionierende Organe der Volkskontrolle an der Basis nicht denkbar war. Daß dies mit Rücksicht auf die zu erwartende Reaktion der Rechten aus opportunistischen Gründen unterblieb, hat später verheerende Konsequenzen gehabt.

(Provinz Valparaiso) illustrieren. In beiden Fällen waren die alten Eigentümer nicht in der Lage, die Produktion aufrechtzuerhalten und damit die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern, die Alternative zur Besetzung wäre die Schließung der Betriebe gewesen. Als die Arbeiter die Betriebe besetzten, fanden sie in der provinziellen und nationalen CUT keineswegs eine Stütze, vielmehr wurde ihre Aktion von jenen verurteilt, die doch in erster Linie Sachwalter der Arbeiterinteressen sein sollten. Die Arbeiter waren auf die Unterstützung linker Elemente in der UP (MAPU) und aktive Intervention der Studenten von Valparaiso angewiesen, um ihre Besetzung wenigstens in die Überführung der Betriebe in den „gemischten“ Wirtschaftssektor veranlassen zu können. Sie stellten dann unter Beweis, daß die bankrott geglaubten Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter nicht nur funktionsfähig waren, sondern ihre Produktion sogar steigern konnten. Im Fall des von den Arbeitern übernommenen Textilbetriebs ist es bezeichnend, daß die Gewerkschaften dann mit allen Mitteln jeden direkten Kontakt zu einem benachbarten privaten Textilunternehmen zu verhindern suchten: bestand doch die Gefahr, daß ein Erfahrungsaustausch zu einer neuen Besetzung führen konnte. Wenn die CUT-Spitze vor der Alternative stand, entweder den unmittelbaren Interessen von Teilen des Proletariats oder der Bündnispolitik der Unidad Popular zu entsprechen, hat sie in fast allen Fällen als Sachwalterin jenes „Allgemeininteresses“ des Proletariats gehandelt, das sich aus dem strategischen und taktischen Kalkül der KP ableiten ließ.

Die faktische Ausweitung des staatlichen Sektors der Wirtschaft, der sich nach dem UP-Programm auf monopolistische Großbetriebe beschränken sollte, war der Initiative der Arbeiter zu verdanken. Wo Betriebe nicht durch Dekret von oben, sondern als Ergebnis von Streiks und Besetzungen den Unternehmern entrissen wurden, entwickelte sich in der Regel zugleich eine echte Arbeiterkontrolle: die Vollversammlungen der Arbeiter spielten weiterhin eine aktive Rolle, die staatlichen Verwalter und Interventoren wurden de facto meist von den Arbeitern ausgewählt und eingesetzt und genossen deren Vertrauen. Die UP wollte das Prinzip der Mitwirkung der Arbeiter schon im Interesse der Produktionssteigerung auf alle Betriebe des verstaatlichten oder vom Staat kontrollierten Sektors ausdehnen; als Ergebnis eines Abkommens zwischen Regierung und CUT wurden Normen über die Beteiligung der Werktätigen an der Verwaltung der sozialisierten Unternehmen ausgearbeitet. Es handelte sich um eine Art Mitbestimmungsmodell, nach dem die Belegschaft aufgrund allgemeiner Wahlen in Versammlungen 5 Vertreter in das oberste Verwaltungsorgan des Betriebes entsandte (von den 5 sollten 2 Vertreter der Angestellten und Techniker sein), die dort mit weiteren 5 vom Staat bestellten Vertretern und einem vom Staat eingesetzten Direktor zusammenwirken sollten. An der Basis, in den Betriebsabteilungen bzw. Produktionseinheiten, sollte es darüber hinaus Produktionskomitees geben, die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre mit den neuen Mitbestimmungs-Vertretern durch ein besonderes Koordinationsorgan gewährleistet sein. Auf überbetrieblicher Ebene sollte die CUT als Sprecherin der Arbeiterinteressen in den staatlichen Planungsorganen und zentralen Wirtschaftsverwaltungen funktionieren. Im privaten Sektor war vorgesehen, daß „Überwachungskomitees“ eine eingegrenzte Arbeiterkontrolle ausüben.

Dieses Modell der „participacion“ hat in den meisten Betrieben des staatlichen Sektors bis zum Sturz der Regierung Allende nicht oder nur schlecht funktioniert. Die letzte vorliegende Erhebung Mitte 1972 zeigt, daß nur in 36 von 230 Betrieben des staatlichen und gemischten Sektors Mitbestimmungsorgane auf allen Ebenen existierten, in weiteren 22 partiell (6). Dieses Zahlenverhältnis mag sich bis zum Ende der UP etwas verbessert haben, aber die Klagen über die nicht funktionierende Mitbestimmung rissen nicht ab. Wenn die große Mehrheit der Arbeiter von den ihnen gebotenen Möglichkeiten einer Beteiligung an der Organisation des Produktionsprozesses keinen Gebrauch machte, so sind dafür nicht Apathie oder Desinteresse, sondern strukturelle Gründe maßgebend:

Einmal gab es vielerorts gegen die Mitbestimmung auf Betriebsebene Widerstände der etablierten Gewerkschaftsorganisationen, die ihre Monopolstellung in der Vertretung der Arbeiter gefährdet sahen. Das Prinzip der Wahl von Delegierten von der Basis her, die ständige Kontrolle durch Arbeiterversammlungen als oberste Entscheidungsinstanz widersprach dem Prinzip quasi-parlamentarischer Vertretung, das die Gewerkschaftsrealität bestimmte.

Zum anderen waren die Probleme, mit denen sich die Arbeiter konfrontiert sahen, nur zum geringeren Teil Probleme der internen Arbeitsorganisation, des Lohngefüges, der Besserung der Arbeitsbedingungen und der Steigerung der Produktion. Die ernsteren Probleme ergaben sich vielmehr aus der globalen Wirtschaftspolitik der UP und dem Funktionieren bzw. Nicht-Funktionieren des von ihr angeblich kontrollierten Wirtschaftsapparats (7) – Probleme, auf die die Arbeiter im Rahmen betrieblicher Mitbestimmung kaum Einfluß nehmen konnten, die vielmehr nur zu lösen waren, wenn sie in überbetrieblichen Organisationsformen reale Kontrolle ausüben konnten.

Zur Illustration soll eine große Textilfabrik in der Industriezone von Concepción, die Fabrik Bellaviste Tomé, dienen. Diese Fabrik war eine der ersten die als Folge von Massenaktionen verstaatlicht worden war. Das Zusammenwirken von Betriebsleitung und Gewerkschaftsvertretern (die zugleich, wie in sehr vielen anderen Unternehmen auch, als Mitbestimmungs-Delegierte fungierten), war zufriedenstellend, die Arbeitsbedingungen waren erträglich. Wenn trotzdem unter den Arbeitern Passivität und Resignation verbreitet waren, so deshalb, weil sie wußten, daß die wichtigsten Probleme der Produktion und Verteilung ihrem Einfluß entzogen waren.

Es ging konkret um die Möglichkeiten der Neuorientierung und Verteilung der Produktion eines Betriebes, der traditionell hochwertige Tuche aus Wolle für

6 Siehe dazu „Chile Hoy“, No. 7 und 8, Juli/August 1972

7 Zu den Bedingungen, unter denen sich die Christdemokraten auf die Wahl Allendes durch den Kongreß einließen, gehörte die Unabsetzbarkeit der Funktionäre des alten Staatsapparats. In vielen Organismen der Wirtschaftsplanung und -verwaltung (ODEPLAN, CORFO) waren deshalb Personen mit der Ausführung von Regierungsaufgaben betraut, die der UP skeptisch oder feindlich gegenüberstanden. Die internen Gewerkschaftswahlen in diesen Behörden erbrachten z. T. Mehrheiten für die Christdemokraten. Die Aussage, die UP sei 1970 an die Regierung gelangt, aber nicht an die Macht, muß also weiter relativiert werden: selbst die Kontrolle über die Exekutive war sehr unvollständig.

den Konsum der gehobenen Einkommensschichten herstellte – und bei Aufrechterhaltung dieser Produktionsorientierung, abgesehen von einigen Rohstoffengpässen (Rückgang der chilenischen Wollproduktion wegen Sabotage der Grundbesitzer im Süden, Schwierigkeiten bei Wollimporten wegen der Devisenlage) durchaus wirtschaftlich war. Die Arbeiter, die man zur „Produktionsschlacht“ ermunterte, wußten aber, daß sie nicht für ihresgleichen produzierten, und daß darüber hinaus jede Produktionssteigerung auch die wirtschaftliche Kraft derer stärken würde, die sie als ihre Klassengegner erkannten. Die Tuche wurden nämlich einerseits vom Privathandel mit riesigen Gewinnen verkauft (teilweise schon auf dem Schwarzmarkt), andererseits dienten sie als Rohstoffe für die private Konfektionsindustrie, in der Überausbeutung der Arbeitskraft und Bereicherung aufgrund der relativ niedrigen Preise der zu verarbeitenden Tuche die Regel waren. Die Möglichkeit der Reorientierung der Produktion zugunsten billigerer Tuche für den Massenkonsum widersprach dabei dem Interesse an „Wirtschaftlichkeit“, die Möglichkeit des kontrollierten Direktverkaufs an den Konsumenten, der seinen Bedarf nachweisen konnte, war unvereinbar mit einer Politik der Schonung und Pflege von Handel und Kleinindustrie. Mitbestimmung auf Betriebsebene konnte unter diesen Umständen umso weniger in Arbeiterkontrolle und -leitung übergehen, als auf der höheren Stufe (in der staatlichen Wirtschaftsverwaltung des Textilssektors in Santiago) die Beteiligung der CUT nur formal war (die Gewerkschaftsvertreter hatten keine Verbindung zu den Textilarbeitern an der Basis).

Das erste nationale Treffen der Textilarbeiter übte im Juli 1972 härteste Kritik am Funktionieren der zentralen Wirtschaftsinstanzen. Seine Empfehlungen drücken den hohen Bewußtseinsstand des fortgeschrittensten Sektors der chilenischen Arbeiterschaft aus: ausgehend von schon vorhandenen Ansätzen des direkten Austausches von Produkten des Industriesektors mit denen der genossenschaftlich wirtschaftenden Bauern, wurde die Einberufung einer nationalen Arbeiter- und Bauernversammlung gefordert, die einen wirklichen Einfluß der Werktätigen auf die Wirtschaftsplanung und -leitung im nationalen Maßstab festlegen sollte. Die Arbeiterversammlungen sollten das Recht haben, von den staatlichen Wirtschaftsleitern und Interventoren jederzeit Rechenschaft zu verlangen, nötigenfalls Sanktionen gegen sie zu verhängen oder ihre Abberufung durchzusetzen. Für den Privatsektor sollten die „Überwachungskomitees“ und die JAPs (Ausschüsse zur Kontrolle von Versorgung und Preisen) echte Kontrollbefugnisse erhalten (8). In diesen Empfehlungen wird der Anspruch der Arbeiter sichtbar, sowohl die Staatsbürokratie wie die Unternehmer des Privatsektors einer wirksamen Kontrolle zu unterwerfen. Aber der objektive Rahmen einer Regierungspolitik, die weder den Handel noch die Klein- und Mittelunternehmer noch auch die Funktionäre der Staatsbürokratie (9) ent-

8 Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Textilarbeitertreffens findet sich in „Chile Hoy“, No. 6., 21.–27. Juli 1973

9 Bei den Analysen der Bündnispolitik der UP wird dieser zahlenmäßig sehr starke Sektor der Mittelschichten, den die staatliche Bürokratie ausmacht, meist vernachlässigt. Dieser blinde Fleck ist nicht zufällig: wer sich (in klarem Gegensatz zur Marxschen Warnung) der Illusion hingibt, die Repräsentanten der Arbeiterklasse könnten eben doch „die

scheidend angreifen konnte, ließ eine Entwicklung staatlich reglementierter Mitbestimmung in Richtung auf umfassende Arbeiterkontrolle nicht zu.

Die Widersprüchlichkeit eines strategischen Konzepts, das den Wahlsieg und die ersten wirtschaftlichen Erfolge ermöglicht hatte, erwies sich 1972 in der Praxis. Die ersten ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zeigten sich in Versorgungslücken und in der langsam beginnenden, dann rapide anwachsenden Inflation. Innerhalb der UP begannen sich zwei alternative Linien abzuzeichnen: die eine vertreten durch die Kommunistische und die Radikale Partei sowie auch durch Allende selbst, wollte durch weitere Zugeständnisse an die Bourgeoisie, feste Garantie für die Nicht-Ausweitung des staatlichen Sektors und Einsetzung von Marktmechanismen (dosierte Inflation) die Krise meistern. Die andere, getragen von der Linken innerhalb der Sozialistischen Partei und der MAPU, personifiziert im damaligen Wirtschaftsminister Vuscovic, sah den einzigen Ausweg in einer Offensive durch Ausbau der Kontrolle von unten: Ausweitung des sozialisierten Sektors und strikte Kontrolle der Preise durch Massenorganisationen (JAP = Ausschüsse zur Kontrolle von Versorgung und Preisen) sowie Rationierung der Massenverbrauchsartikel.

In dieser Situation kam es in der Industriestadt Concepción zu Aktionen der Volksmassen, an denen sich sofort die Geister schieden. In Concepción war der staatliche Wirtschaftssektor weitaus stärker als in den anderen Industriezentren: schon vor 1970 waren das große Stahlwerk von Huachipato, die Erdölraffinerie und ein Betrieb der Petrochemie in Händen des Staates, 1971 wurden fast alle übrigen Großbetriebe sozialisiert. Gerade in diesen Unternehmen scheiterte aber eine wirk-same Arbeiterkontrolle am Widerstand der Gewerkschaften, in der die KP dominierte. Die Preiskontrollausschüsse (JAPs) wurden bürokratisch verwaltet, die lokale Organisation der staatlichen Preisüberwachungsbehörde wurde sogar von einem Christdemokraten geleitet. Als im Zuge der Offensive der vereinigten Rechten die Christdemokraten eine gemeinsame Demonstration mit der extremen Rechten (Nationale Partei, Patria y Libertad) durchführen wollten, kam es zu einer von den Regionalorganisationen aller linken Parteien (mit Ausnahme der KP) getragenen Gegenaktion. In einer riesigen Versammlung unter freiem Himmel wurde nicht nur darüber beraten, wie man der unmittelbaren Provokation der Rechten in dieser Arbeiterstadt begegnen könne, zum ersten Mal meldeten sich auch organisierte und nichtorganisierte Arbeiter zu Wort, um von ihren realen Problemen zu berichten und vor allem die Mängel der staatlichen Bürokratie schonungslos zu kritisieren. Aus dieser Volksversammlung am 12. Mai 1972 ging ein Dokument hervor, in dem zum ersten Mal die Einrichtung von Comandos Comunales (räteähnlichen Organisationen auf Gemeindeebene) als Gegengewicht zur staatlichen Bürokratie gefordert wurde: neue Organe einer Basisdemokratie, in denen die Arbeiter, Bauern, Bewohner der Elendsviertel, Frauen und Studenten unabhängig von den bestehenden Parteien und Organisationen ihre Stimme geltend machen konnten. Als am 26. Juli, zum Jahrestag der kubanischen Revolution, eine neue Versammlung die offene Aussprache

fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“, der muß die konkreten Träger des bürgerlichen Staatsapparats aus seiner Klassenanalyse ausklammern.

fortsetzte, waren die UP-Parteien schon aufgeschreckt. Allende selbst wandte sich gegen einen vermeintlichen Angriff gegen die einzig legitime Regierungsgewalt (10), die regionalen Sektionen aller UP-Parteien wurden gezwungen, sich von dem Unterfangen zu distanzieren.

Die Volksversammlung von Concepción war gewiß kein Stadtsojwet, nach unseren Begriffen eher ein großes teach-in, an dem sich Arbeiter, Bauern und Studenten beteiligen konnten, die nicht als Sprecher irgendwelcher Organisationen auftraten. Die scharfe Reaktion der offiziellen UP-Führung läßt sich wohl nicht aus dem Mißverständnis erklären, hier entstehe eine autonome Sowjetmacht; sie entsprach vielmehr einer strategischen Linie, in der gerade in Zeiten von Schwierigkeiten und Rückschlägen die Masseninitiative eher als Gefahrenquelle denn als Zuwachs an Kraft für die Volksregierung gesehen wurde. Man denkt unwillkürlich an historische Parallelen aus der Zeit der NEP in Sowjetrußland, obwohl der entscheidende Unterschied auf der Hand liegt, daß die Bolschewiki die Staatsmacht erobert hatten und die UP-Parteien bestenfalls einen Teil der Regierung: bestand damals ein innerer Zusammenhang zwischen einer Bündnispolitik zugunsten der Bauern und dem Verfall der Räte, der Beseitigung proletarischer Demokratie, so ging auch in Chile eine Politik der immer wieder neu versuchten Bündnisse einher mit einem tiefen Mißtrauen gegen Masseninitiativen, bei denen die Arbeiter und Bauern aus

10 Allende erklärte am 31. Juli in einem Brief an die Vorsitzenden der UP-Parteien u. a.:

„In der Provinz von Concepción sind zum zweiten Mal innerhalb dreier Monate spalterische Tendenzen in Erscheinung getreten, die gegen die Homogenität der Bewegung der Unidad Popular verstoßen. Ich zögere nicht, dies als einen Prozeß zu kennzeichnen, der den Feinden der revolutionären Sache dient. . .Die Volksmacht wird nicht aus Spaltungsmanövern derer erwachsen, die eine aus politischem Romantizismus geborene lyrische Selbsttäuschung aufbauen, die sie dann, abseits jeder Wirklichkeit, „Volksversammlung“ nennen. Welche Dialektik wenden die an, die die Bildung einer solchen Volksversammlung vorgeschlagen haben? Auf welche theoretischen Elemente stützt sich ihre Existenz?

Eine wirklich revolutionäre Volksversammlung vereinigt in sich die gesamte Vertretung des Volkes. Folglich übt sie alle Macht aus. Nicht nur die beratende, sondern auch die Regierungsmacht. Unter anderen historischen Umständen ist sie als Doppelherrschaft entstanden, gegen die institutionelle Macht einer Reaktion, die keine Basis hatte und zur Ohnmacht verurteilt war. In diesem Augenblick in Chile an etwas Ähnliches zu denken, ist nicht nur absurd, sondern zeugt von krasser Ignoranz oder Unverantwortlichkeit. Denn hier gibt es nur eine einzige Regierung, deren Präsident ich bin, und die nicht nur legitim zustande gekommen ist, sondern nach ihrer Definition und nach ihrem Klasseninhalt eine Regierung im Dienste des allgemeinen Interesses der Werktätigen ist.

Die Regierung der Unidad Popular ist das Ergebnis der Anstrengungen der Werktätigen, ihrer Einheit und Organisation. Aber auch der Festigkeit der geltenden institutionellen Ordnung, die dem Ansturm der Bourgeoisie und des Imperialismus widerstanden hat, der sie zerstören wollte. . .Und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein echter, verantwortungsbewußter Revolutionär bei klarem Verstand wirklich das institutionelle System in Frage stellen kann, das bei uns gilt und dessen Teil die Regierung der Volkseinheit ist. Wenn einer dies dennoch tut, können wir ihn nur als Konterrevolutionär betrachten. . .Wenn sie nur als Aussprachetribüne hingestellt wird (die Asamblea Popular), könnte sie ein Phänomen bleiben, das die Regierung nicht besonders interessiert. Aber ich muß darauf hinweisen, daß sie einen gefährlichen Präzedenzfall impliziert, da sie sich in eine Quelle von Provokationen verwandeln kann. . .“ „Chile Hoy“, No. 8, 4.-10. August 1972

der ihnen zgedachten Rolle ausbrechen konnten.

Die Volksversammlung von Concepción bleibt Episode. Zur gleichen Zeit aber entstand in einem Industriebezirk von Santiago eine Einrichtung, die im letzten Jahr der Unidad Popular zur wichtigsten neuen Organisationsform der Arbeiterklasse wurde: der erste Industriegürtel, der Cordon Cerillos.

Weshalb entstand der Cordon? Die Arbeiter und Angestellten einiger mittlerer Betriebe in einer Industriezone von Santiago hatten wegen Arbeitskonflikten und Sabotage seitens der Unternehmer gestreikt und dann ihre Betriebe besetzt, sie forderten die Übernahme in den staatlichen Sektor. Die Justiz stellte sich in solchen Fällen gewöhnlich auf die Seite der Unternehmer, und die Intervention der Regierung konnte nur erreicht werden, wenn man zeigen konnte, daß ein Konflikt vorlag, bei dem nur die Einleitung der Verstaatlichung den Produktionsprozeß aufrechterhalten konnte. Die Arbeiter der besetzten Betriebe suchten deshalb den Kontakt zu den benachbarten Fabriken desselben Industriegürtels, um ihre Position durch deren Solidarität zu stärken. Aus der Zusammenkunft anläßlich eines akuten Konflikts entstanden permante Koordinationsinstanzen, zusammengesetzt teils aus Gewerkschaftsvertretern, teils aus eigens gewählten Delegierten der Basis, die über die gemeinsamen Probleme der Arbeiter des betreffenden Industriegürtels und auch die der Bauern in der zur selben Großgemeinde Malipu gehörenden Landwirtschaftszone berieten. Zu den ersten Aktionen des Cordon gehörte eine Demonstration von 5 000 Werk tätigen im Stadtzentrum von Santiago, um gegen die Repression zu protestieren, von der die Bauern von Melipilla betroffen waren, die Landbesetzungen organisiert hatten. In der ersten Kampfplattform des Cordon finden sich außer Forderungen nach umfassender Arbeiterkontrolle in der Industrie auch Forderungen zugunsten einer radikalen Agrarreform, und nach der Errichtung einer einheitlichen staatlichen Baufirma, die von den Bewohnern der Elendsvierteln und den Arbeitern kontrolliert werden sollte. (11)

War der erste Cordon noch zur Abwehr einer punktuellen Gefahr entstanden, so führte die allgemeine und direkte Offensive der Rechten im Oktober 1972 sowohl zu einer Ausbreitung der Cordones in allen wichtigen Industriebezirken des Landes, als auch zur Übernahme vielfältiger Funktionen. Die Absicht der Bourgeoisie, durch einen Streik der Transportunternehmer und anderer berufsständischen Organisationen die gesamte Wirtschaft lahmzulegen, konnte nur vereitelt werden, weil die Massen zu neuen Formen der Organisation und Koordination gelangten und erfolgreich Aufgaben übernahmen, die der Staatsapparat im Augenblick seiner Lähmung und Zersetzung nicht wahrnehmen konnte: Aufgaben der Verteilung, des Transports, des Schutzes der Produktionsanlagen. Für die Aufrechterhaltung der Produktion war es wichtig, daß die großen Massen der christdemokratischen Arbeiter die Solidarität zu ihrer Klasse über ihre Parteizugehörigkeit stellten und sich dem Unternehmerstreik nicht anschlossen.

Waren die Cordones Industriales um den Produktionsbereich in einem Industriegürtel herum organisiert und zum größten Teil aus Gewerkschaftsdelegierten

11 Der Text der Plattform und weitere Einzelheiten zur Entstehungsgeschichte des Cordon Cerillos-Maipu finden sich in „Chile hoy“, No. 6, 21. – 27. Juli 1972

zusammengesetzt, so gelang schon im Oktober an einzelnen Orten der Schritt zu einer höheren Organisationsstufe: den Comandos Comunales (Räten auf Gemeindeebene). Sie schlossen in ihre Koordinations- und Ausführungsorgane auch Vertreter anderer Bevölkerungssektoren ein: Bewohner der Elendsviertel, Bauern, Studenten, Lehrer, Ärzte, Techniker usw. Sie waren Ansätze einer echten Volksmacht und darauf angelegt, die wesentlichen Probleme einer geographischen Region zu lösen, über Produktion, Verteilung und Transport hinaus auch Probleme des Gesundheitswesens, der Wohnungsfrage, der Erziehung.

Allerdings konnten solche Organe der Volksmacht nicht von heute auf morgen entwickelt werden, es bestand sogar die Gefahr, daß sie als Überbauinstitutionen eine Scheinexistenz führen mußten, wenn es nicht gelang, ihnen im Kernbereich der industriellen Produktion eine solide Basis zu sichern. Seit dem Oktoberstreik von 1972 hat sich das Schwergewicht der Klassenkämpfe in Chile auf das städtische Proletariat verlagert, das sich in den Cordones seine eigene Organisation geschaffen hatte. Die Cordones blieben bestehen, auch nachdem die Oktoberkrise von oben durch die erste Einbeziehung von Militärs ins Kabinett „gelöst“ wurde, auch nachdem sich die Mitglieder der KP zum überwiegenden Teil aus ihnen zurückzogen, auch nachdem infolge des Kompromisses, den die Regierung eingegangen war, viele der besetzten Betriebe wieder an ihre Eigentümer zurückgegeben wurden. Sie bewährten sich politisch in der Abwehr eines Projekts, das des KP-Wirtschaftsministers Millas, der in den ersten Monaten des Jahres 1973 den staatlichen Wirtschaftssektor endgültig auf einige monopolistische Großbetriebe einschränken wollte.

Im Verlauf der Entwicklung der Cordones traten nun jene Probleme praktisch hervor, die in der Einleitung unter dem Aspekt der fehlenden sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Einheit der Arbeiter beschrieben wurden. Konkret: in welchen Sektoren der Arbeiterklasse konnten sich die Cordones am besten verankern. Wie gestaltete sich ihr Verhältnis zur CUT (d. h. zur bestehenden Gewerkschaftsstruktur und -bürokratie), wie machte sich in ihnen der Führungsanspruch der Linksparteien geltend?

Nicht zufällig erreichten die neuen Organisationen in den Industriegürteln von Santiago ihre höchste Entwicklungsstufe. Ihr aktiver Kern waren die Arbeiter der mittleren Betriebe, die teils neu in den staatlichen Sektor übernommen waren, teils noch im Tageskampf mit ihren Unternehmen standen. Es war ein zentraler Sektor der Arbeiterschaft, der im politischen Projekt der UP, wie gezeigt wurde, kaum berücksichtigt worden war, und der seine Interessen nur durchsetzen konnte, wenn die antimonopolistische Zielsetzung überschritten und der revolutionäre Prozeß in antikapitalistische Bahnen gelenkt werden konnte. (12) Langfristig war es nicht unmöglich, um diesen Kern herum auch die übrigen Sektoren der Arbeiterklasse zu gruppieren: sowohl die Arbeiter der wenigen technologisch fortgeschrittenen Groß-

- 12 Dies bedeutet nicht zwangsläufig die schnelle Verstaatlichung aller Mittel- und Kleinbetriebe um jeden Preis. Wohl aber ist eine strikte Arbeiterkontrolle über Produktionsorientierung, Investitionsplanung und Verteilung der Produkte des privaten Sektors erforderlich, die den einzelnen Unternehmer in seiner „Freiheit“ zu Sabotage und Spekulation beeinträchtigt.

unternehmen, die ihre Interessen in traditionellen gewerkschaftlichen Formen zu vertreten gewöhnt waren, als auch die überhaupt unorganisierten Arbeitern der Kleinstindustrie und des Handwerks. Nur eine solche Vereinheitlichung der Klasse von der Basis her konnte Kern einer realen „Volkseinheit“ sein, die sich nicht in Bündnissen von Parteispitzen erschöpfte.

Wie schwierig dieser Vereinheitlichungsprozeß war, zeigt das Beispiel des Cordons von Talcahuano, der den wichtigsten Industriesektor der Concepción vorgelagerten Hafenstadt umfaßt. Hier waren in derselben geographischen Zone das einzige hochmoderne Stahlwerk des Landes, eine der Erdölraffinerien, zwei Betriebe der Petrochemie, eine von der Marine betriebene Großwerft, mehrere Mittelbetriebe des metallverarbeitenden Sektors und zahlreiche Kleinbetriebe aller Branchen angesiedelt. Der Cordon entstand später als in Santiago (erst im April 1973), seine aktivsten Teile stammten aus den mittleren Betriebe des Bauwesens und der Metallverarbeitung, während die Arbeiter und Techniker der Großindustrie meist nur durch Exponenten bestimmter politischer Gruppen der Linken innerhalb und außerhalb der UP Vertretung fanden. Zwar blieb auch der Bereich der Petrochemie nicht unberührt: im Oktober wurde Petrodow besetzt, ein chemischer Großbetrieb, der dem nordamerikanischen Konzern Dow Chemicals gehörte. Den Facharbeitern und Technikern gelang es nach dem Auszug der nordamerikanischen Experten, nur aufgrund der zurückgelassenen Pläne die Produktion binnen eines Monats wieder in Gang zu setzen, sie machten sich auch an die Lösung der Aufgabe, die drei voneinander abhängigen Betriebe der Großchemie organisch miteinander zu verbinden. (13) Aber während die Vertreter von Petrodow schon zu den Aktivisten des Cordons gehörten, blieben die Erdölraffinerie und das Stahlwerk von Huachipato faktisch außerhalb. Wie langsam die Fortschritte in einer Zone waren, die deutlicher als andere die Heterogenität des chilenischen Proletariats repräsentierte, zeigten die Gewerkschaftswahlen im Stahlwerk von Huachipato am 6. September 1973, fünf Tage vor dem Putsch: zum ersten Mal trug die vereinigte Rechte gegen die UP und die revolutionäre Linke den Sieg davon.

Kernproblem der Cordones Industriales, in ihrer Praxis wie in der öffentlichen Diskussion, war ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Als Koordinationsinstanzen waren sie häufiger aus Vertretern der bestehenden Betriebsgewerkschaften zusammengesetzt als aus gewählten Delegierten, die von Arbeiterversammlungen entsandt wurden. Das Prinzip der Direktwahl wurde im allgemeinen von der revolutionären Linken aufs Schiild gehoben. Die KP, die nach dem Oktoberstreik bis zum mißglückten Putsch vom 29. Juni überhaupt außerhalb der Cordones blieb, bestand darauf, daß sie nicht mehr sein konnten und durften als Koordinierungsgremien, die sich aus bereits etablierten Gewerkschaftsvertretern zusammensetzten und die schwache Organisationsstruktur der CUT dort komplementierten, wo sie so gut wie nicht vorhanden war: auf der Ebene des Industriebezirks oder der Gemeinde. Die

13 Für das Funktionieren eines petrochemischen Komplexes im Rahmen der chilenischen Wirtschaft war eine Verzahnung der drei Betriebe unerlässlich. Die Planung dieser Reorganisation der Produktion ging von der Basis aus: ein Beispiel dafür, daß die Notwendigkeiten überbetrieblicher Koordination vom Produktionsbereich her besser erkannt werden können, als aus der Perspektive der zentralen Bürokratie.

KP-Strategie in Bezug auf die Cordones bestand in deren Integration in einen noch nicht zur vollen Ausbildung gelangten bürokratischen Apparat, unter Beschneidung jener Elemente von Basisdemokratie, die eben das Neue dieser Organisationsformen ausmachten.

Demgegenüber hat die Linke, vor allem der Sozialistischen Partei, deren Vertreter meist die Initiative in den Cordones übernahmen, die Entwicklung offenhalten wollen. Sie versuchten, die Cordones unabhängig von der verfestigten Gewerkschaftsbürokratie zu entwickeln, und sah in ihnen Keimzellen einer Volksmacht, die einst den bürgerlichen Staat ersetzen würden. Andererseits wollte man eine Parallelorganisation zur CUT vermeiden, weil dadurch – auch in Anbetracht der Stärke der KP in der organisierten Arbeiterschaft – jede einheitliche Aktion gegen die Konterrevolution erschwert worden wäre. So bestand die Bereitschaft, die Cordones in die CUT einzugliedern, allerdings im Rahmen einer Umgestaltung und Demokratisierung der gesamten Gewerkschaftsorganisation. (14)

Es schien, daß der Streit um das Verhältnis CUT-Cordones durch die politische Praxis nach dem 29. Juni einer Lösung näher kam. Als Antwort auf den ersten konterrevolutionären Putsch von Teilen des Heeres rief die CUT selbst dazu auf, alle Betriebe zu besetzen. (15) In vielen Industriegürteln, vor allem Santiagos, bildete sich in der Praxis eine Aktionseinheit der Anhänger aller linker Parteien heraus, zum ersten Mal kam es auch zu einer engen Zusammenarbeit von Mitgliedern der Kommunistischen Partei und des MIR, deren Parteispitzen sich in monatelanger Polemik erbittert bekämpft hatten. Obwohl die KP die neuerreichte Einheit durch Manipulationen zeitweise gefährdete (Schaffung von Parallelcordones mit garantierter KP-Mehrheit), schien man im ganzen der Einheit der Arbeiterklasse durch Entwicklung ihrer autonomen Organisationen näherzukommen.

Doch die Konterrevolution erkannte diese Gefahr und beschleunigte ihre globale Offensive. Seit dem 2. Juli wurde jenes Waffenkontrollgesetz angewandt, das den Streitkräften die Handhabe zu willkürlichen Betriebsbesetzungen und -durchsuchungen gab, mit denen die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse demoralisiert und eingeschüchtert werden sollten. Widerstand auf Betriebsebene war so gut wie unmöglich, er hätte auch den erklärten Bruch mit einer immer noch nach Kompromissen suchenden UP-Regierung bedeutet und die offene bewaffnete Auseinandersetzung beschleunigt. Als der Cordon von Talcahuano seine Solidarität mit den wegen ihrer Sympathien für die Linke gefangengesetzten und gefolterten Matrosen und Werftarbeiter erklärte und damit die Marineführung offen angriff, zogen sich die Vertreter der KP aus ihm zurück.

Über den Weg zur wirksamen Koordination der autonomen Arbeiterorganisa-

- 14 Das letztlich ungeklärte Verhältnis zur CUT führte zu schwankenden und widersprüchlichen Definitionen der Funktion der Cordones. Instruktiv für das Selbstverständnis der Angehörigen verschiedener Parteien ist eine Diskussion in „Chile Hoy“ vom Juni 1973, übersetzt in: Chile – der Kampf geht weiter, Hrsg. Komitee „Solidarität mit Chile“, Berlin/Offenbach 1973
- 15 Der Aufruf zur Betriebsbesetzung erging wohl seitens der CUT u. a. deshalb, um die mobilisierten Arbeiter von Konfrontationen auf der Straße abzuhalten und ihre Energien zu kanalisieren.

tionen gab es zudem Meinungsverschiedenheiten auf der Linken. In Santiago kam es Ende Juli durch die Initiative von Exponenten des linken Flügels der Sozialistischen Partei zur Bildung eines Koordinationsausschusses der Cordones auf Provinzebene, der Aufgaben wahrnehmen sollte, die eine von den Christdemokraten gelähmte Provinzialorganisation der CUT nicht erfüllen konnte. (16). Gegen den damit möglichen Parallelismus zur CUT polemisierten nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Führung des MIR. Die revolutionäre Linke, soweit sie durch den MIR repräsentiert war, drängte auf die schnelle Schaffung von Comandos Comunales als Organe einer Gegenmacht und Träger des bewaffneten Widerstandes: der MIR war bereit, die Cordones der CUT einzugliedern, wollte aber sofort zu höheren Organen einer Rätedemokratie gelangen, in denen neben den Arbeitern auch die übrigen Bevölkerungsektoren, etwa die Bewohner der Elendsviertel und die Studenten vertreten sein sollten. (17) Seine Strategie, in der Perspektive richtig, enthielt zu jenem Zeitpunkt zweifellos voluntaristische Züge: der tatsächliche Organisationsgrad der Klasse erschwerte die Ausbildung von regionalen Organen der Doppelherrschaft und ließ den Schritt zur zentralisierten Volksmacht noch nicht zu. Mit den Cordones als autonomen Organisationen der Klasse bestand eine der unerläßlichen Voraussetzungen, um die Kraftprobe mit der Bourgeoisie zu bestehen. Da aber ihre Entwicklung auch durch die Parteien, die sich die Vertretung der Arbeiterklasse zuschrieben, immer wieder behindert worden war, konnten sie zum Zeitpunkt des Putsches das Problem der zentralen Macht noch nicht zugunsten des Proletariats entscheiden. Der heroische Widerstand der fortgeschrittensten Sektoren der Industriearbeiter von Santiago hatte seine Basis in den Cordones, er blieb aber unkoordiniert, zersplittert, konnte das militärische Kräfteverhältnis nicht mehr verändern.

Die neuen Formen der Organisation des Proletariats in Chile sind nicht von den Parteien geplant und geschaffen worden, auch nicht von denen der revolutionären Linken. Natürlich haben Exponenten dieser Parteien, darunter bewußte Marxisten, in ihnen eine Rolle gespielt, zuweilen die Entwicklung vorangetrieben. Aber die Aufgabe einer wirklichen Avantgarde besteht in einer Periode zugespitzter Klassenkämpfe eher darin, die konkreten Erfahrungen der Massen richtig zu interpretieren, um sie zu verallgemeinern, als ihnen ihre Bahnen vorzuschreiben.

Bei dieser theoretischen Verallgemeinerung, die eine Definition der nächsten Aufgaben impliziert und damit unmittelbar in die Praxis eingreift, hat die Analogie zu vergangenen Revolutionen, vor allem zur russischen vor und nach 1917, nicht immer eine einleuchtende, sondern oft auch eine irreführende Rolle gespielt. Was Marx zu Anfang des „18. Brumaire“ über das Verhältnis der Revolution von 1848 zur großen französischen Revolution sagt, läßt sich auch auf viele Interpretationen der jüngsten chilenischen Klassenkämpfe beziehen:

- 16 Zu den Motiven für die Schaffung dieser Koordinationsinstanz und für den Text ihrer Plattform siehe „Chile Hoy“, No. 59, 27. Juli bis 2. August 1973. Dort auch ein Interview mit dem MIR-Sekretär Miguel Enriquez, der u. a. seine Position zu den Cordones darlegt.
- 17 Zur Kritik dieser Position und zur allgemeinen Bestimmung der Rolle der Cordones verfaßte Zoltan Szankay im Juli 1973 bislang unveröffentlichte Thesen, auf die sich Teile der folgenden Argumentation stützen.

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben noch damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entleihen ihren Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“ (18)

Die vorschnelle Analogie, immer wieder durch Leninzitate aus verschiedenen Perioden abgestützt, hat sowohl bei der KP als auch bei der revolutionären Linken eine Rolle gespielt. So wies die KP dem Proletariat immer wieder Aufgaben zu, die sich als vorrangig erst stellen, wenn die Machtfrage zu seinen Gunsten entschieden ist, und die in einem anderen historischen Kontext abstrakt bleiben: die Produktionsschlacht gewinnen, den Ökonomismus bekämpfen, den Bündnispartnern Zugeständnisse machen – ganz als sei man etwa in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik nach 1920. Die revolutionäre Linke erging sich indes in Vermutungen darüber, in welchem der Monate zwischen April und Oktober 1917 man sich gerade befinde: sie vergaß dabei, daß sich die Machtfrage in einem Moment der Auflösung und Zersetzung der Armee und bei einer schon vorhandenen Rätestruktur auf nationaler Ebene ganz anders stellt als in einem Augenblick, wo erst die Ansätze einer Alternative zur bürgerlichen Staatsmacht entstehen und jene Vereinheitlichung des Proletariats nicht einmal teilweise erreicht ist, ohne die sich seine politische Hegemonie nicht durchsetzen läßt.

Das chilenische Lehrstück, weit davon entfernt, nur das Gegeneinander „richtiger“ und „falscher“ Generallinien zu exemplifizieren (etwa: bewaffneter Kampf gegen Wahlmanöver, revolutionäre Offensive gegen reformistisches Zaudern), wirft die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis der vorgeblichen Avantgarden, d. h. der als marxistisch-leninistisch auftretenden Parteien, zur Arbeiterklasse und zu den Volksmassen auf. Diese Frage ist an alle linke Parteien zu stellen.

Die KP, als die in der Klasse am besten verankerte Partei, hat es nie als Problem angesehen, daß sie tatsächlich das Proletariat politisch repräsentiert und es in eine von ihr entworfene Bündnispolitik einbringen kann – mit den Folgen, die geschildert worden sind. Die Sozialistische Partei war mehr eine Zusammenfassung von Gruppen mit divergierenden politischen Tendenzen, ihre Politik ließ unterschiedliche Möglichkeiten zu – auch die, auf die taktischen Erwägungen des Mannes kaum Rücksicht zu nehmen, den sie für das Amt des Präsidenten designiert hatte. Vielleicht war es gerade die Unbestimmtheit der Linie der Sozialisten, die es einzelnen ihrer Exponenten möglich machte, in der Entwicklung der Cordones aktiv hervorzutreten und pragmatisch, durch programmatische Festlegungen weder angeleitet noch behindert, die Massenerfahrung zu begleiten und zu artikulieren. (19) In der MAPU, die als Linksabspaltung von den Christdemokraten entstanden war und ohne die lange Tradition der beiden großen Arbeiterparteien gewissermaßen am reinsten den „Geist“ der Unidad Popular verkörperte, prallten bei einer Zuspitzung

18 Karl Marx, Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1965, S. 15

19 Man denke an die Rolle der Proudhonisten in der Kommune von 1871, an die linken Sozialrevolutionäre und Anarchisten in den russischen Sowjets

der inneren Konflikte die alternativen Deutungen der UP-Strategie am heftigsten aufeinander: hier die Orientierung an der „Staatsräson“ der Allende-Regierung, dort die Hinwendung zur autonomen Organisation der Arbeiter und Bauern, mit der Konsequenz der Parteisplaltung, die von außen, durch die KP und durch Allende selbst, befördert wurde.

Die revolutionäre Linke außerhalb der UP, hauptsächlich vertreten durch den MIR, hat besser als die anderen Parteien die Vereinheitlichung der Klasse als Aufgabe begriffen. Der Weg zu diesem Ziel war für sie die schrittweise Organisation jener am meisten verelendeten und ausgebeuteten Schichten des Proletariats und der armen Bauern, die im UP-Projekt nicht berücksichtigt waren. Dem MIR, einer im Studentenbereich entstandenen Gruppe, gelang es tatsächlich, zuerst Teile der Bewohner der Elendsviertel zu organisieren, dann Sektoren der armen Bauern und Landarbeiter (beginnend mit den Mapuches im Cautin), schließlich auch gewisse Gruppen von Bergleuten, (20) Bauarbeitern, Arbeitern von Klein- und Mittelbetrieben. Trotzdem war der MIR bis zum Ende der UP-Periode noch nicht dahin gelangt, entscheidende Teile des Industrieproletariats zu repräsentieren. Ob es ihm bei seiner überkommenen Struktur besser gelungen wäre, das Verhältnis einer marxistisch-leninistischen Partei zur Arbeiterklasse und ihren autonomen Organisationsformen zu lösen, war beim Sturz der Regierung Allende noch nicht entschieden. (21)

Die Erfahrungen der UP-Periode wurden in diesem kurzen Aufsatz notwendigerweise fragmentarisch behandelt: die politische Artikulation der Bourgeoisie und die Ausbildung ihrer Kampfformen (22) blieb ebenso ausgeklammert, wie die Frage der Streitkräfte und der adäquaten Vorbereitung auf die militärische Kraftprobe.

Es kam auf den Gesichtspunkt an, daß die Arbeiterklasse in einer Periode akuter Klassenkämpfe ihre Autonomie nicht nur in der langfristigen Zielsetzung, sondern auch und vor allem in der Ausbildung *neuer Aktions- und Organisationsfor-*

- 20) Im Kohlebergbau von Lota und Schwager, wo die KP traditionell dominierte, traten nach 1970 zum Teil die alten Gewerkschaftsfunktionäre an die Stelle des Managements. Da sich an den Lohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen wenig änderte, gelang es der FTR (der Arbeiter-Front des MIR) mit einem auf die Bedürfnisse der Bergleute zugeschnittenen, von ihnen selbst zuvor diskutierten Programm, beträchtliche Einbrüche zu erzielen.
- 21) Der MIR hatte mit dem Aufbau von Massenorganisationen unter den Bewohnern der Elendsviertel und unter den Bauern (MCR = Bewegung der revolutionären Bauern) Erfolge, weil seine Kader selbst in den poblaciones und auf dem Lande lebten, keine Linie von außen herantrugen, sondern halfen, die realen Bedürfnisse der Menschen zu artikulieren. Im Industriebereich sollte die FTR (Front der revolutionären Werkstätigen) ähnliches leisten. In dem Maße, wie dieser Sektor in den Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzung rückte, war aber das Verhältnis zwischen den revolutionierten Arbeitern und dem nach politisch-militärischen Prinzip organisierten Parteikern nicht frei von Spannungen. Zu einer Umformung der gesamten Organisation ist es nicht mehr gekommen, unter den Bedingungen der illegalen Arbeit stellt sich die Frage in anderer Form.
- 22) Die Bourgeoisie war flexibel genug, die Rolle ihrer Parteien zeitweilig zurückzudrängen, um ihrerseits zu Basismobilisation und -organisation in ständischen Formen zu gelangen. Sie hat ihre eigene Massenlinie entwickelt und ist gewissermaßen in die Schule Lenins gegangen. Vgl. Armand Mattelard, *La Bourgeoisie a l'école de Lenine*, in: *Politique aujourd'hui*, Jan./Feb. 1974, Paris

men zum Ausdruck bringt. Die Formen des Kampfes sind dabei von seinen Inhalten nicht zu trennen: autonome Organisation der Arbeiter beinhaltet eine antikapitalistische und antibürokratische Stoßrichtung, auch wenn in einem strategischen Kalkül die vorrangigen Aufgaben anders bestimmt werden. Voraussetzung dafür, daß die organisierte Klasse die Machtfrage stellen kann, ist der Kampf gegen die eigene Bürokratie in der Arbeiterbewegung, die ihre Monopolstellung nur dann behaupten kann, wenn sie die Atomisierung der Basis aufrechterhält – also jenes Prinzip, auf dem sich bürgerliche Demokratie gründet. Bei den Verfechtern der UP-Strategie wurde der Respekt vor den Institutionen der gegebenen Verfassungsordnung, der sich aus taktischen Gründen zuweilen rechtfertigen läßt, oft zu einer durchgängig bestimmenden Grundhaltung, die auch das Verhältnis der Parteispitzen zu der Klasse prägt, die sie vertreten wollen.

Ein dialektisches Verständnis des Verhältnisses von Avantgarde und Klasse, das deren reale Bewegung in den Mittelpunkt rückt, ist einem zurechtgestutzten Leninismus fremd (23), wie er sich bei „reformistischen“ wie bei „revolutionären“ Parteien in verschiedenen Varianten auffinden läßt. Nicht zufällig wird in vielen Chile-Analysen marxistisch-leninistischer Parteien und Gruppen immer wieder, triumphierend oder bedauernd, festgestellt, es habe dem Proletariat eben an der richtigen Führung gefehlt. Daß das Prinzip der Führung selbst ein Problem impliziert, bleibt im Dunkeln. Es ist offensichtlich leichter, die „Fehler“ der chilenischen Genossen aufzurechnen, als in ihren unge lösten Problemen die eigenen zu erkennen.

(nachgedruckt aus: CHILE-NACHRICHTEN, Sondernummer 2)

23 Dazu die Arbeit von Oskar Negt, Rosa Luxemburg. Zur materialistischen Dialektik von Spontanität und Organisation, Hannover 1974

Lest und abonniert die

heim- u. Erzieher Zeitschrift

Im Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die 'hez' über die Berufswirklichkeit. Probleme im Heim, i. d. Kindertagesstätte und im Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Probleme der Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällige. Die 'hez' nimmt dabei kein Blatt vor den Mund und kriecht niemanden irgendwo rein. Sie macht keine Gewinne und zahlt keine Honorare. Den Inhalt gestalten die Leser in dem Maße, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran beteiligen. Die 'hez' erscheint monatlich und kostet pro Halbjahresabo (Mindestdauer!) 12.-DM einschl. Porto. Probeexemplare gegen Vorauseinsendung von 2.-DM in Briefmarken. Auszubildende zahlen gegen Zusendung einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte pro Halbjahr nur 9.-DM. Bestellung durch Postkarte an die Heim- und Erzieher-Zeitschrift, 1 Bln. 61, Urbanstr. 126 (Laden) Alle Zahlungen nur Postscheckkonto Bln.W 35 86 36 - 109 Detlev Tartsch.

Im Selbstverlag, Reihe Arbeitsmaterialien zur Heimerziehung, in 2. Auflage erschienen: "Eingeschlossen - Dokumentation Hauptpflegeheim Dillenauerstr." Kollegen berichten aus diesem geschlossenen Mädchenheim, was Sache ist. Preis 5.- Die 'Arbeitsmaterialien' u. d. 'hez' gehören an jede Ausbildungsstätte, wo Schüler u. Studenten ein Interesse an der Berufswirklichkeit haben!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!